



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln

Fraktion pro Köln - Brückenstraße 19 - 50667 Köln

www.pro-koeln-online.de

Pressemitteilung

Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12

Bitte der Redaktion vorlegen!

Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

Köln, den 04.01.2006

Ex-Rheinenergiechef unter Druck:

Rat soll Haumann zum Verzicht auf seinen Beratervertrag auffordern

Der umstrittene Beratervertrag des früheren Rheinenergie-Vorstandsvorsitzenden Helmut Haumann wird nicht nur Thema im Aufsichtsrat des Konzerns werden. Denn auch der Rat der Stadt Köln muß sich in seiner nächsten Sitzung am 14. Februar 2006 mit der „Causa Haumann“ befassen: Die Fraktion pro Köln hat den Antrag eingebracht, daß der Rat Haumann zum Verzicht auf seinen 300.000 Euro teuren „goldenen Handschlag“ auffordern soll.

Die Ratsmitglieder, auch die der sich so kritisch gebenden SPD-Fraktion, haben dann die Möglichkeit, folgendem Beschlußtext zuzustimmen:

„Der Rat der Stadt Köln fordert den früheren Vorstandsvorsitzenden der Rheinenergie AG, Helmut Haumann, auf, von seinem umstrittenen Beratervertrag mit dem Rheinenergie-Konzern zurückzutreten.“

Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende von pro Köln, Judith Wolter:

„Helmut Haumann soll im Rahmen dieses Beratervertrages in den nächsten 15 Monaten - quasi in ‚Altersteilzeit‘ - 300.000 Euro zusätzlich zu seinen Ruhestandsgeldern erhalten. Dieser

Beratervertrag wurde allerdings im Widerspruch zu geltendem Aktienrecht nicht mit dem Aufsichtsrat abgeschlossen, sondern mit Haumanns früheren Vorstandskollegen. Zudem wurde im ‚Stadt-Anzeiger‘ eifrig darüber spekuliert, ob der lukrative Beratervertrag praktisch eine Entschädigung für das vorzeitige Ausscheiden von Haumann sei. Haumann würde demnach mit seinen Ruhestandsgeldern und dem Beraterhonorar genauso viel verdienen wie vorher als Vorstandsvorsitzender!

Dieser unappetitliche Vorgang wird auch nicht durch die Behauptung besser, daß Haumann ja im Bereich der Konzernstiftungen arbeiten würde, also das Stiftungsrecht statt dem Aktienrecht gelten würde. Mit derartigen juristische Winkelzügen wird seit Jahr und Tag versucht, die Kölner Vettern- und Günstlingswirtschaft zu kaschieren oder zu rechtfertigen. Die Glaubwürdigkeit der Kommunalpolitik und die Transparenz bei Personalentscheidungen im Bereich der städtischen Gesellschaften bleiben dabei schon lange auf der Strecke.

Der Rat sollte deshalb ein deutliches Zeichen setzen und Helmut Haumann öffentlich zum Verzicht auf diesen goldenen Handschlag auffordern. Damit könnte man den hehren Sonntagsreden endlich auch einmal Taten folgen lassen!“

verantwortlich: Markus Wiener

Diese Pressemitteilung ist als PDF-Datei abrufbar unter www.pro-koeln-online.de